



universität
wien

Exposé

zum Dissertationsvorhaben mit dem vorläufigen Titel

„Die Finanzierung energiepolitischer Aufgaben durch
Zufallsgewinne aus abgabenrechtlicher Sicht“

verfasst von

Mag. Thomas Voit

angestrebter akademischer Grad

Doktor der Rechtswissenschaften (Dr. iur)

Wien, 2023

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on the student
record sheet:

UA 783 101

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt /
field of study as it appears on the student record sheet:

Rechtswissenschaften

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. MMag. Dr. Sabine
Kirchmayr-Schliesselberger

1. Beschreibung des Dissertationsvorhabens

1.1 Einleitung

In Zeiten von Krisen erlebt der „starke Staat“ eine bemerkenswerte Renaissance.¹ Als Garant öffentlicher Aufgabenwahrnehmung fungiert dieser als Adressat finanzieller Entlastungsrufe von krisengebeutelten Unternehmen und Privathaushalten. Es überrascht daher nicht, dass auch im Falle kriegsbedingter Energiehöchstpreise entsprechende Hilferufe nicht ohne Resonanz verhallen, sondern mit mehreren Entlastungs- und Antiteuerungsmaßnahmen beantwortet wurden. Dabei stellt sich jedoch unweigerlich die Frage nach deren Finanzierung. Im Energiesektor, wo eine Kombination aus exogenen Effekten und Strommarktdesign (Merit-Order-Prinzip)² bei manchen Energieversorgern für hohe Gewinne und auf Seiten der Stromabnehmer:Innen für hohe Energiepreise sorgte, war daher die Forderung nach einer sog „Übergewinnbesteuerung“ bzw „Abschöpfung“ dieser Gewinne („Zufallsgewinne“ oder „windfall profits“) zu Umverteilungszwecken und zur Finanzierung der Entlastungsmaßnahmen überall in Europa auszumachen.³ Auch in Österreich wurden entsprechende Konzepte einer solchen Sondersteuer zur Finanzierung von Antiteuerungsmaßnahmen vorgeschlagen.⁴ Schließlich erließ die Europäische Kommission auf europäischer Ebene eine „Notverordnung“⁵, die ua eine „Obergrenze für Markterlöse und Verteilung der Überschusserlöse und der Engpässerlösüberschüsse an die Stromkunden“⁶ sowie „einen befristeten Solidaritätsbeitrag“⁷ für den Erdöl-, Erdgas-, Kohle und Raffineriebereich vorsieht.

¹ Vgl bereits bzgl der Bankenkrise *Knauff*, DÖV 2009, 581 ff.

² Der Strompreis ergibt sich aus dem sog Merit-Order-Prinzip. Dieses besagt, dass der Preis für Energie durch die Grenzkosten des letzten, noch zur Deckung der Last benötigten Energieerzeugers bestimmt wird – das sog Grenzkraftwerk. Während bspw Windkraftanlagen Grenzkosten gegen Null aufweisen, haben bspw Braunkohlekraftwerke und Gaskraftwerke höhere Grenzkosten. Letztere werden allerdings für die Deckung der Spitzenlast benötigt. Da Kraftwerke mit höheren Grenzkosten (als Grenzkraftwerke) den Marktpreis bestimmen, der auch für EE-Kraftwerke gilt, erwirtschaften diese hohe Gewinne, vgl zum Merit-Order-Prinzip *Wawer*, Elektrizitätswirtschaft (2022), S. 136 ff.

³ Vgl Überblick *Boheim/Peneder/Schratzenstaller*, WIFO – Research Briefs (20/2022), 9 ff.

⁴ Vgl bspw *ÖGB/Arbeiterkammer*, Übergewinne besteuern - Factsheet 27.08.2022.

⁵ VO (EU) 1854/2022 des Rates vom 6. Oktober 2022 über Notfallmaßnahmen als Reaktion auf die hohen Energiepreise, ABI LI 2022/261.

⁶ NotfallVO (EU) 1854/2022 ABI LI 2022/261, 14.

⁷ NotfallVO (EU) 1854/2022 ABI LI 2022/261, 18.

In Ö wurde diese Verordnung⁸ mit dem Energiekrisenbeitrag-Strom-Gesetz und dem Energiekrisenbeitrag-Fossile Energieträger-Gesetz umgesetzt.⁹

Aufgrund der Neuartigkeit dieser fiskalischen Maßnahmen stellen sich sowohl auf unionaler als auch nationaler Ebene unweigerlich die Fragen nach den rechtlichen Kompetenzen der handelnden Organe, den abgabenrechtlichen Rahmenbedingungen und Schranken besagter Maßnahmen.

1.2 Untersuchungsgegenstand und Methodik

Das vorliegende Dissertationsprojekt beschäftigt sich mit ausgewählten Möglichkeiten der Verwendung von Zufallsgewinnen („windfall profits“) zur Erfüllung und Finanzierung energiepolitischer Aufgaben aus abgabenrechtlicher Sicht. Bei der Auslegung von sowohl europäischen als auch nationalen Normen wird auf die anerkannten Grundsätze der juristischen Methodenlehre und Hermeneutik zurückgegriffen.

Der erste Teil der Arbeit versteht sich als Grundlagenteil. Ausgehend von den ökonomischen Grundlagen des Strom- und Gashandels (Stichwort Merit-Order-Prinzip) wird die Entstehung von sog Zufallsgewinnen beschrieben, wobei auch Klarheit bzgl der im medialen Kontext oftmals missverständlich gebrauchten Terminologie geschaffen werden soll. Darüber hinaus erfolgt eine Nachzeichnung der (europäischen) energiepolitischen Entwicklung (vom Monopol bis zum liberalisierten Sektor), wobei insbesondere die sich wandelnde Rolle des Staates im Bereich der Energieversorgung als Teil der Daseinsvorsorge¹⁰ beleuchtet wird (von der Erfüllungs- zur Gewährleistungspflicht). Untersucht wird dabei insb, ob oder inwieweit das herrschende Staatsbild des Gewährleistungsstaates und die daraus resultierende Gewährleistungsverantwortung sich auch auf die (rechtlichen) Finanzierungsmöglichkeiten von energierechtlichen Aufgaben als Teil der Daseinsvorsorge auswirkt.¹¹ Zu guter Letzt folgt

⁸ Die VO, die auf Art 122 AEUV gestützt wurde, ist zwar unmittelbar anwendbar, lässt aber durch ihre Ausgestaltung Mindeststandard den MS noch viel Gestaltungs- bzw Verschärfungsspielraum, weshalb eine nationale Umsetzung in Ö erfolgen musste; vgl IA EKBSG 2022, 3024/A 27. GP 6, wonach die VO „unzählige Bestimmungen [enthält], die einen Regelungsbedarf durch die Mitgliedstaaten nach sich ziehen (zB Optionen [...])“.

⁹ Das EKBSG und EKBSFG, beide umgesetzt mit BGBl I 2022/220.

¹⁰ Vgl zum Begriff der Daseinsvorsorge allgemein *Knauff*, *Der Gewährleistungsstaat*, 38 ff.

¹¹ Vgl bspw zur Frage nach der Finanzierung des Netzausbaus in Deutschland *Franke*, *Finanzierung*, 1 (8).

die Behandlung der rechtlichen Grundlagen des Energierechts iRe Mehrebenensystems (Europarecht und nationales Recht).

Im zweiten Teil werden die Möglichkeiten fiskalischer Maßnahmen im Energiesektor auf europäischer Ebene behandelt. Als Ausgangspunkt dient dafür eine generelle Behandlung des europäischen Steuer- und Abgabenrechts und des europäischen Abgabenbegriffs. Dabei gilt es zu beachten, dass die EU kein Verfassungsstaat und somit auch kein Steuerstaat im herkömmlichen Sinne ist. Ihr kommt grds weder Steuer- noch Ertragshoheit zu, weil diese nach wie vor bei den Mitgliedstaaten liegen.¹² Kompetenznormen, die gesetzgeberisches Handeln auf dem Gebiet des Steuerrechts erlauben, sind daher regelmäßig an ein besonderes Gesetzgebungsverfahren mit Einstimmigkeit im Rat der EU geknüpft, um das fiskalische Interesse bzw die fiskalischen Ressourcen der Mitgliedstaaten zu schützen.¹³ Darüber hinaus erschöpft sich die europäische Steuer- und Abgabengesetzgebung im Wesentlichen in der Harmonisierung durch Richtlinien.¹⁴ Allerdings ist es dem europäischen Gesetzgeber laut EuGH auch möglich, abgabenrechtliche Regelungen auf Sachkompetenzen (im Gegensatz zu Fiskalnormen) zu stützen (bspw Parafiskalische Abgaben).¹⁵ Die Besonderheit liegt darin, dass hierfür grds nur das ordentliche Gesetzgebungsverfahren vorgesehen ist und somit keine Einstimmigkeit erforderlich ist. Vor diesem Hintergrund soll nun herausgearbeitet werden, welche abgabenrechtlichen Möglichkeiten dem europäischen Gesetzgeber zur Verfügung stehen, um energierechtliche Aufgaben zu finanzieren und welche Maßnahmen einer Einstimmigkeit bedürfen. Dabei werden zuerst mögliche ausgewählte Kompetenznormen analysiert (allen voran Art 122 Abs 1 und Art 194 Abs 2 und 3 AEUV). Hauptaugenmerk soll dabei auf die Kompetenzabgrenzung gelegt werden. Diesbezüglich stellt sich zum einen die Frage, welche Kompetenzen bei der EU liegen und welche bei den Mitgliedstaaten (vertikale Kompetenzabgrenzung), zum anderen die Wahl der richtigen europäischen Rechtsgrundlage für abgabenrechtliche Regelungen (horizontale Kompetenzabgrenzung). Als letzter Punkt des allgemeinen Teils soll auf etwaige Schranken fiskalischer Maßnahmen eingegangen werden,

¹² Vgl nur *Schaumburg* in *Schaumburg/Englisch*, Europäisches Steuerrecht² (2020) Rz 1.1 ff mwN.

¹³ Vgl bspw *Seiler* in *Grabietz/Hilf/Nettesheim*, Recht der Europäischen Union⁵⁹ (2016) Art 113 AEUV Rz 12; *Scherer/Heselhaus* in *Dausen/Ludwigs*, Handbuch EU-Wirtschaftsrecht²⁶.EL (2010) Art 192 AEUV Rz 89.

¹⁴ Vgl bspw RL 2011/96/EU des Rates vom 30. November 2011 über das gemeinsame Steuersystem der Mutter- und Tochtergesellschaften verschiedener Mitgliedstaaten, ABl L 2011/345 (Mutter-Tochter-RL) im Bereich der direkten Steuern.

¹⁵ Vgl bereits EuGH C-138/78, *Stölting*, ECLI:EU:C:1979:46.

wobei vor allem die allgemeinen Kompetenzschränken und Grundrechte im Vordergrund stehen. Nach erfolgter Behandlung dieses allgemeinen kompetenzrechtlichen Teils soll die konkrete Möglichkeit einer Abschöpfung/Zufallsgewinnsteuer anhand der „Notverordnung“¹⁶ der Europäischen Kommission dargestellt werden, indem diese rechtlich eingeordnet wird. Im Zentrum steht dabei die rechtliche Qualifikation der Verordnung selbst sowie die rechtliche Qualifikation der einzelnen, abgabenrelevanten Maßnahmen in der Verordnung sowie deren Vereinbarkeit mit der gewählten Rechtsgrundlage (Art 122 Abs 1 AEUV).

Der dritte Teil der Dissertation widmet sich der nationalen Ebene. Ausgehend vom österreichischen Abgabenbegriff wird der abgabenrechtliche Handlungsspielraum des österreichischen Gesetzgebers aufgezeigt. Dabei wird sowohl auf die europarechtlichen Grundlagen als auch den nationalen Rechtsrahmen eingegangen. Denn auch auf nationaler Ebene hat die Ausgestaltung einer „Abschöpfungsmaßnahme“ Einfluss darauf, welche verfassungsrechtlichen Vorgaben zu gelten haben, bspw bzgl der Frage, ob der Geltungsbereich des F-VG eröffnet ist oder ob die allgemeine Kompetenzverteilung des B-VG zur Anwendung gelangt.¹⁷ Davon ausgehend wird die nationale Umsetzung der „Notverordnung“ durch das EKBS¹⁸ und das EKBF¹⁹ beleuchtet. Nach einer Gegenüberstellung der österreichischen Umsetzung mit der deutschen erfolgt zu guter Letzt eine Analyse der möglichen Schranken des Gestaltungsspielraums des nationalen Gesetzgebers.

1.3 Forschungsstand

Das (Europäische) Steuerrecht wird bereits in einigen Grundsatzwerken thematisiert, ebenso das (Europäische) Energierecht.²⁰ Erstere sind jedoch vielfach sehr allgemein gehalten und

¹⁶ VO (EU) 1854/2022 des Rates vom 6. Oktober 2022 über Notfallmaßnahmen als Reaktion auf die hohen Energiepreise, ABl L 2022/261.

¹⁷ Vgl dazu allgemein nur *Achatz*, Gestaltungsspielraum bei der Auswahl von Steuergegenständen, in *Kofler/Lang/Rust/Schuch/Spies/Staringer* (Hrsg), Steuerpolitik und Verfassungsrecht (2023) 1 (3) mwN.

¹⁸ Bundesgesetz über den Energiekrisenbeitrag-Strom (EKBSG), BGBl I 2022/220

¹⁹ Bundesgesetz über den Energiekrisenbeitrag-fossile Energieträger (EKBF), BGBl I 2022/220.

²⁰ Vgl für das Europäische Steuerrecht bspw *Schaumburg/Englisch*, Europäisches Steuerrecht² (2020); *Weber-Grellet*, Europäisches Steuerrecht² (2016); *Kokott*, Das Steuerrecht der Europäischen Union (2018); vgl für das Energierecht bspw *Schneider/Theobald*, Recht der Energiewirtschaft⁵ (2021); *Säcker*, Berliner Kommentar zum Energierecht⁴ (2017); *Storr*, Energierecht (2022); *Winkler/Baumgart/Ackermann*, Europäisches Energierecht (2021).

behandeln kaum konkrete Sachpolitiken (bspw Energiepolitik) oder weisen bei Behandlung bestimmter Sachkompetenzen keinen abgabenrechtlichen Schwerpunkt auf.²¹ Zweitere hingegen behandeln – abseits von Verbrauchssteuern im Energiesektor²² - abgabenrechtliche Fragestellungen kaum bis gar nicht. Auch Literatur, die sich explizit sachkompetenzgestützten Abgaben (bspw Parafiskalische Abgaben) widmet, behandelt wiederum andere Sektoren (bspw den Bankensektor) und nicht den Energiesektor.²³ Die wenigen Beiträge, die auf die aktuellen europäischen Maßnahmen zur Abschöpfung von Zufallsgewinnen eingehen, nehmen zwar eine europäische Einbettung der Thematik vor, die nationale beschränkt sich jedoch auf Deutschland.²⁴ Die Kombination aus strommarktdesignbedingten „windfall profits“ und krisenbedingtem Finanzierungsbedarf energiepolitischer Ziele sowohl der EU als auch der MS verlangt nach neuen Finanzierungsinstrumenten, die wiederum (abgaben)rechtliche Fragen aufwerfen. Eine umfangreiche Behandlung und Beantwortung dieser Fragen im Energiesektor wurde bisher in der Literatur nicht vorgenommen.

1.4 Zielsetzungen

Im Zuge des Dissertationsprojekts werden die rechtlichen Rahmenbedingungen der Verwendung von Zufallsgewinnen zur Erfüllung und Finanzierung energiepolitischer Aufgaben ausgelotet. Dabei soll die Arbeit eine umfassende Analyse ausgewählter abgabenrechtlicher Möglichkeiten und deren Schranken sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene bieten, wobei eine Beschränkung auf den Energiebereich vorgenommen wird. Die bereits erfolgten Maßnahmen zur Abschöpfung und Besteuerung von Zufallsgewinnen im Energiebereich dienen dabei als Illustrationsbeispiel. Es soll für den zukünftigen Bedarf an Finanzierungsinstrumenten eine rechtliche Handlungsanleitung im Energiesektor geschaffen werden, die auch einer Extrapolation in andere Politikbereiche zugänglich ist und ua dazu beitragen kann, neue Finanzierungswege für künftige Herausforderungen auf europäischer

²¹ Vgl bspw *Hackländer*, Die allgemeine Energiekompetenz im Primärrecht der Europäischen Union (2010).

²² Vgl für einen Überblick über Energieabgaben in Österreich *Wagner*, Praxishandbuch Energieabgaben (2011); *Mayer/Stibi*, Energie und Steuern (2005).

²³ Vgl bspw *Müller*, Parafiskalische Abgaben in der EU (2020).

²⁴ Vgl bspw *Valta*, Unions- und verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen für eine Übergewinnsteuer am Beispiel des Energiekrisenbeitragsgesetzes, *StuW* 2023, 72; *Möller-Klapperich/Rasquin*, Ökonomische und rechtliche Grundlagen einer Übergewinnsteuer, *NJ* 2022, 433; *Ellerbusch/Nonnenmacher/Thoß*, Besteuerung nach dem Zufallsprinzip? *DB* 2023, 344.

Ebene zu erschließen. Im Zusammenhang mit dieser Zielsetzung ergeben sich insbesondere folgende Forschungsfragen:

- Was versteht man unter Zufallsgewinnen? Versuch einer terminologischen Fassung verschiedener Begriffe.
- Wie entstehen Zufallsgewinne?
- Welche Bedeutung hat die (preiswerte) Energieversorgung heute im Mehrebenensystem?
- Welche Rolle kommt der EU und den Mitgliedstaaten bzgl der (preiswerten) Energieversorgung zu?
- Welche abgabenrechtlichen Möglichkeiten bestehen für die Abschöpfung von Zufallsgewinnen?
- Welche Steuer- und Abgabenkompetenzen liegen allgemein bei der EU?
- Kann auf Basis von Sachkompetenzen eine neue „Finanzierungssäule“ der EU zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben etabliert werden?
- Welche Kompetenzen hat die EU für abgabenrechtliche Maßnahmen zur Abschöpfung von Zufallsgewinnen im Energiesektor?
- Sind diese Kompetenzen auf den Krisenfall (Stichwort Art 122 AEUV) beschränkt?
- Wie weit reicht der Anwendungsbereich von Art 194 als Kompetenznorm und welche abgabenrechtlichen Maßnahmen unterliegen der Einstimmigkeit?
- Welche Kompetenzabgrenzungsschwierigkeiten stellen sich in vertikaler und horizontaler Hinsicht?
- Rechtfertigt die besondere Stellung des Energierechts innerhalb des Mehrebenensystems eine Ausweitung der Steuer- und Abgabenkompetenzen auf europäischer Ebene?
- Welche Schranken der Abschöpfung bestehen auf europäischer und nationaler Ebene?
- Wie werden die europäischen Maßnahmen in Österreich umgesetzt und welche Folgen hat die spezifische Umsetzung?
- Welche alternativen Umsetzungsmöglichkeiten gäbe es und wie erfolgte die Umsetzung in Deutschland?

2. Sach- und Finanzmittel

Im Rahmen des Dissertationsvorhabens wird primär auf die bestehenden Ressourcen der Universität Wien zurückgegriffen. Die Recherche erfolgt überwiegend in Bibliotheken und Datenbanken, weshalb keine spezifischen Sach- oder Finanzmittel benötigt werden.

3. Zeitplan

Es wurden bereits sämtliche vom Curriculum vorgeschriebenen Lehrveranstaltungen positiv abgeschlossen. Die Finalisierung des Dissertationsvorhabens soll Ende 2023/Anfang 2024 erfolgen. Im Anschluss daran sind die Einreichung der finalen Version und der Antritt zur Defensio geplant.

4. Auszüge aus der vorläufigen Gliederung

ERSTER TEIL - Grundlagen

1. **Einleitung**
2. **Historische Sondersteuern**
3. **Ökonomische Grundlagen von Zufallsgewinnen**
 - 3.1. Europäischer Strom- und Gashandel
 - 3.2. Energiekrise
 - 3.3. Windfallprofits – Übergewinne?
4. **Bedeutung der Energieversorgung als Teil der Daseinsvorsorge**
 - 4.1. Staatstheoretischer Hintergrund
 - 4.1.1. Daseinsvorsorge
 - 4.1.2. Gewährleistungsstaat
 - 4.1.3. Daseinsvorsorge im Gewährleistungsstaat
 - 4.2. Verfassungsrechtlicher Hintergrund
5. **Energiepolitische Entwicklung**
 - 5.1. Vertikal integrierte Unternehmen und Monopolwesen als Ausgangspunkt
 - 5.2. Entwicklung des Binnenmarkts als Motor der Liberalisierung
 - 5.3. Entflechtung und geregelter Netzzugang als Notwendigkeit der Liberalisierung
 - 5.4. Von der staatlichen Erfüllungspflicht zur staatlichen Gewährleistungspflicht im Energiesektor
6. **Rechtliche Grundlagen des Energierechts – Energierecht im Mehrebenensystem**
 - 6.1. Wirtschaftsverfassungsrechtlicher Rahmen
 - 6.2. Primärrecht
 - 6.3. Sekundärrecht
 - 6.4. Nationales Recht

ZWEITER TEIL – Fiskalische Möglichkeiten zur Finanzierung energiepolitischer Ziele auf europäischer Ebene

1. Europäisches Abgabenrecht

- 1.1. Allgemeines
- 1.2. Europäische Finanzordnung als Rahmen
- 1.3. Europäischer Abgabenbegriff

2. Kompetenzrechtliches Gefüge

- 2.1. Europäische Methodengrundsätze
- 2.2. Vertikale Kompetenzabgrenzung
- 2.3. Horizontale Kompetenzabgrenzung
- 2.4. Zuständigkeiten außerhalb der Kompetenzkategorien
- 2.5. Kompetenzschränken

3. Fiskalische Kompetenznormen im Energiesektor

- 3.1. Art 194 AEUV als Kompetenznorm
 - 3.1.1. Abs 2 als Grundnorm
 - 3.1.2. Abs 3 als eigenständige Kompetenzgrundlage oder Verfahrensabweichung?
 - 3.1.3. Besonderes Gesetzgebungsverfahren
 - 3.1.4. Einstimmigkeit für welche fiskalischen Maßnahmen?
 - 3.1.5. Spannungsverhältnis als Zwischenergebnis?
 - 3.1.6. (Auf)Lösungsansatz
- 3.2. Art 122 AEUV als operative Kompetenz
 - 3.2.1. Allgemein
 - 3.2.2. (Energierrechtliche) Notfallkompetenz und Solidaritätsklausel
 - 3.2.3. Tatbestandsmerkmale
 - 3.2.4. Subsidiarität
 - 3.2.5. Mangel an demokratischer Legitimation?
- 3.3. Sonstige Kompetenznormen
 - 3.3.1. Binnenmarkt
 - 3.3.2. Umweltrecht
 - 3.3.3. Sozialpolitik
 - 3.3.4. Wettbewerbsrecht
 - 3.3.5. Transeuropäische Netze
- 3.4. Verhältnis der Kompetenznormen untereinander

4. Die Zufallsgewinnbesteuerung und Gewinnabschöpfung am Beispiel der VO (EU) 2022/1854

- 4.1. Genese
- 4.2. Art 122 als Rechtsgrundlage
- 4.3. Rechtsnatur des Rechtsaktes
- 4.4. Rechtsnatur der einzelnen Maßnahmen
- 4.5. Rechtliche Konsequenzen der VO

DRITTER TEIL – Fiskalische Möglichkeiten zur Finanzierung energiepolitischer Ziele auf nationaler Ebene

1. Ausgewählte nationale Finanzierungsmöglichkeiten

- 1.1. Allgemein
- 1.2. Rechtlicher Rahmen
- 1.3. Ausgewählte Finanzierungs- und Interventionsinstrumente

- 2. Umsetzung der VO (EU) 2022/1854 mit dem EKBSG und EKBF**
 - 2.1. Verfassungsrechtliche Einordnung
 - 2.2. Aufbau
 - 2.3. Regelungsinhalt
 - 2.4. Rechtliche Folgen
- 3. Exkurs nach Deutschland**
 - 3.1. Umsetzung der VO (EU) 2022/1854 in Deutschland
 - 3.2. Verfassungsrechtliche Unterschiede
 - 3.3. Konsequenzen der Umsetzung in Deutschland
- 4. Mögliche Schranken einer nationalen Abschöpfung oder Zufallsgewinnsteuer**
 - 4.1. Europarecht
 - 4.2. Nationales Recht

5. Auszüge aus dem vorläufigen Quellenverzeichnis

5.1 Monographien

Ellenrieder, Die freie Preisbildung im Strommarkt 2.0 (2022).

Forsthoff, Rechtsfragen der leistenden Verwaltung (1959).

Hackländer, Die allgemeine Energiekompetenz im Primärrecht der Europäischen Union (2010).

Helbig, Windfall Profits im europäischen Emissionshandel (2009).

Hermes, Staatliche Infrastrukturverantwortung (1998).

Kern, Versorgungspflichten in der Europäischen Union (2022).

Knauff, Der Gewährleistungsstaat: Reform der Daseinsvorsorge (2004).

Knauff, Öffentliches Wirtschaftsrecht² (2020).

Korn, Unionsrechtlich induzierte Rechtssetzung im Abgabenrecht am Beispiel einer europäischen Emissionsreduzierungsabgabe für die Hochseeschifffahrt (2015).

Müller, Parafiskalische Abgaben im Unionsrecht (2020).

Kreibohm, Der Begriff der Steuer im Europäischen Gemeinschaftsrecht (2004).

Kokott, Das Steuerrecht der Europäischen Union (2018).

Schuppert, Staatswissenschaft (2003).

Schneider, Regulierungsrecht der Netzwirtschaften – Band I und II (2013).

Storr, Der Staat als Unternehmer - Öffentliche Unternehmen in der Freiheits- und Gleichheitsdogmatik des nationalen Rechts und des Gemeinschaftsrechts (2001).

Storr, Energierecht (2022).

Weber-Grellet, Europäisches Steuerrecht² (2016).

Winkler/Baumgart/Ackermann, Europäisches Energierecht (2021).

Wrede, Die Transparenz im börslichen Stromgroßhandel am Beispiel der European Energy Exchange (2012).

5.2 Sammelwerke

Achatz, Gestaltungsspielraum bei der Auswahl von Steuergegenständen, in *Kofler/Lang/Rust/Schuch/Spies/Staringer* (Hrsg), Steuerpolitik und Verfassungsrecht (2023) 1.

Funk, Finanzverfassungsrechtlicher Abgabebegriff und bundesstaatliche Kompetenzverteilung, in *Achatz* (Hrsg), Steuerrecht, Verfassungsrecht, Europarecht – Festschrift für Hans Georg Ruppe (2007) 132.

Gundel, Europäisches Energieverwaltungsrecht, in *Terhechte* (Hrsg), Verwaltungsrecht der Europäischen Union (2022) § 20.

Kofler, Ist der Spuk des Europäischen Steuerrechts bald vorbei? in *Schön/Heber* (Hrsg), Grundfragen des Europäischen Steuerrechts (2015) 1.

Härtel, Gesetzgebungsordnung der Europäischen Union, in *Hatje/Müller-Graff* (Hrsg), Europäisches Organisations- und Verfassungsrecht (2014).

Kahl, Daseinsvorsorge als Rechtsbegriff? in *Ennöckl/Raschauer/Schulev-Steindl/Wessely* (Hrsg), Festschrift für Bernhard Raschauer (2013) 197.

Kokott/Dobratz, Der unionsrechtliche allgemeine Gleichheitssatz im Europäischen Steuerrecht, in *Schön/Heber* (Hrsg), Grundfragen des Europäischen Steuerrechts (2015) 25.

Lang, Wirtschaftsverfassung und Finanzverfassung, in *Holoubek/Kahl/Schwarzer* (Hrsg), Wirtschaftsverfassungsrecht (2022) 505-536.

Müller, Ziele, Kompetenzen, Instrumente und Organisation des europäischen Lenkungs- und Regulierungsrechts, in *Müller/Raschauer* (Hrsg), Europäisches Wirtschaftslenkungs- und Regulierungsrecht (2015) 1.

Potacs, Energiewirtschaftsrecht, in *Holoubek/Potacs* (Hrsg), Öffentliches Wirtschaftsrecht⁴ (2019) 979.

Potacs, Europäischer Leistungsstaat im Wandel, in *Hammer/Somek/Stelzer/Weichselbaum* (Hrsg), Demokratie und sozialer Rechtsstaat in Europa – Festschrift für Theo Öhlinger (2004) 486.

Raschauer, Abgabebegriff und Rechtsformmissbrauch, in *Doralt/Gassner/Lechner/Ruppe/Tanzer/Werndl* (Hrsg), Steuern im Rechtsstaat – Festschrift für Gerald Stoll (1990) 213-228.

Raschauer, Staatsaufgaben, in *Kohl/Neschwara/Simon* (Hrsg), Festschrift Brauneder (2008) 527.

Ruppe, Finanzierungsalternativen kommunaler Wirtschaftsverwaltung, in *Krejci/Ruppe* (Hrsg), Rechtsfragen der kommunalen Wirtschaftsverwaltung (1992).

Ruppe in *Achatz/Ehrke-Rabel/Heinrich/Leitner/Taucher* (Hrsg), Finanzverfassung und Rechtsstaat (2007).

Schaumburg, Dimension des Europäischen Steuerrechts, in *Schaumburg/Englisch* (Hrsg), Europäisches Steuerrecht² (2020) 1-10.

Scherer/Heselhaus, Umweltrecht, in *Dauses/Ludwigs* (Hrsg), Handbuch des EU-Wirtschaftsrechts^{26. EL} (2010) Teil O.

Schneider, Vorgaben des europäischen Energierechts, in *Schneider/Theobald* (Hrsg), Recht der Energiewirtschaft⁵ (2021) 49.

Staringer, Verhaltenslenkung durch Steuerrecht, in *Kofler/Lang/Rust/Schuch/Spies/Staringer* (Hrsg), Steuerpolitik und Verfassungsrecht (2023) 29.

Traversa/Pirlot, Tax Sovereignty and Territoriality under Siege: How Far Should the EU Freedoms of Movement Impact on the Territorial Allocation of Taxing Powers between Member States? in *Brokelind* (Hrsg), Principles of Law: Function, Status and Impact in EU Tax Law (2014) Chapter 6.

Traversa/Vintras, The Territoriality of Tax Incentives within the Single Market, in *Richelle/Schön/Traversa* (Hrsg), Allocating Taxing Powers within the European Union² (2013) 171.

Waldhoff, Steuerrecht, in *Wegener* (Hrsg), Europäische Querschnittspolitiken - Enzyklopädie Europarecht VIII (2014) 619.

5.3 Kommentare

Calliess/Ruffert (Hrsg), EUV/AEUV⁶ (2022).

Doralt/Kirchmayr/Mayr/Zorn (Hrsg), EStG²³ (2022).

Jaeger/Stöger (Hrsg), EUV/AUEV (Stand 3. 07. 2023, rdb.at).

Kneihs/Lienbacher (Hrsg), Rill-Schäffer-Kommentar Bundesverfassungsrecht Band 11²⁵ (2020).

Korinek/Holoubek/Bezemek/Fuchs/Martin/Zellenberg (Hrsg), Österreichisches Bundesverfassungsrecht Band III/1 – Sonstiges Verfassungsrecht¹² (2016).

Mestmäcker/Schweitzer, Europäisches Wettbewerbsrecht³ (2014):

Pechstein/Nowak/Häde (Hrsg), Frankfurter Kommentar EUV/GRC/AEUV (2017).

Säcker, Berliner Kommentar zum Energierecht⁴ (2017).

Säcker/Bien/Meier-Beck/Montag, Münchener Kommentar zum Wettbewerbsrecht III³ (2020).

Streinz (Hrsg), EUV/AEUV³ (2018).

Vedder/Heintschel von Heinegg (Hrsg), Europäisches Unionsrecht² (2018).

Von der Groeben/Schwarze/Hatje (Hrsg), Europäisches Unionsrecht⁷ (2015).

5.4 Zeitschriftenbeiträge

Achatz/Kirchmayr, Energiekrisenbeiträge als neue Steuern, taxlex 2023, 41.

Baunsgaard/Vernon, Taxing Windfall Profits in the Energy Sector, IMF Note 2022.

Ellerbusch/Nonnenmacher/Thoß, Besteuerung nach dem Zufallsprinzip? DB 2023, 344.

Erdös/Czoboly, New Legislative Tool for Introducing EU-Wide Windfall Taxes, EUROPEAN TAXATION 2023, 36.

Hackemann/Weiler, Vereinbarkeit der EU-NotfallVO mit Art. 122 Abs. 1 AEUV und mögliche Auswirkungen auf das EU-EnergieKBG, ISR 2023, 70.

Herberger, Die Auslegung von Ausnahmevorschriften im Europäischen Arbeitsrecht, EuZA 2019, 310.

Hidien, Mitgliedstaatliche Steuerhoheit im formellen europäischen Abgabenrecht, EuR 2007, 370.

Ismer/Haussner, Inclusion of Consumption into the EU ETS: The Legal Basis under European Law, RECIEL 2016, 69.

Kahl, Regulierung, Lenkung, Gewährleistung - Die neuen Kerngebiete des öffentlichen Wirtschaftsrechts? ÖZW 2015, 16.

Kahl, Moderne Daseinsvorsorge und ihre Herausforderung an die Rechtsdogmatik, ZfV 2010, 913.

Knauff, Die Daseinsvorsorge im Vertrag von Lissabon, EuR 2010, 725.

Knauff, Gewährleistungsstaatlichkeit in Krisenzeiten: Der Gewährleistungsstaat in der Krise? DÖV 2009, 581.

Langenmayr, Übergewinnsteuern: Das falsche Instrument in der Krise, aber als langfristige Weiterentwicklung der Gewinnbesteuerung sinnvoll, StuW 2023, 70.

Moniz, The New Portuguese Windfall Tax and Its Potential Effects, European Taxation 2023, 42.

Möller-Klapperich/Rasquin, Ökonomische und rechtliche Grundlagen einer Übergewinnsteuer, NJ 2022, 433.

Müsgens, Ökonomische Besonderheiten des Energiemarktes, EnWZ 2017, 243.

Voßkuhle, Der Dienstleistungsstaat - Über Nutzen und Gefahren von Staatsbildern, Der Staat 2001, 495.

Schmidt am Busch, Gewährleistungsaufsicht zur Sicherstellung privater Aufgabenerledigung - Eine dritte Kategorie zwischen Staatsaufsicht und Wirtschaftsaufsicht, *Die Verwaltung* 2016, 205.

Storr, Ein Grundrecht auf leistbare Energieversorgung? *NLMR* 2023, 3.

Valta, Unions- und verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen für eine Übergewinnsteuer am Beispiel des Energiekrisenbeitragsgesetzes, *StuW* 2023, 72.

5.5 Judikatur

EuGH C-138/78, *Stölting*, ECLI:EU:C:1979:46.

EuGH C-242/87, *Kommission/Rat*, ECLI:EU:C:1989:217.

EuGH C-265/87, *Schräder*, ECLI:EU:1989:303.

EuGH C-309/10, *Agrana Zucker*, ECLI:EU:C:2011:531.